



**WISSENSCHAFTSMINISTER  
KONFERENZ**

## **Forschungssicherheit**

(Beschluss der Wissenschaftsministerkonferenz vom 04.07.2025  
für die Kultusministerkonferenz)



## WISSENSCHAFTSMINISTER KONFERENZ

Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit sind das Fundament von Innovation und Entwicklung. Sie sind ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie und in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes verankert.

Sie gedeihen durch internationale Zusammenarbeit und den uneingeschränkten Austausch von Wissen über Grenzen hinweg. Die Geschichte hat uns immer wieder gezeigt: Durchbrüche geschehen dann, wenn Ideen frei diskutiert und ausgetauscht werden können, wenn unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen. Wissenschaft ist Bestandteil der Gesellschaft; sie steht nicht außerhalb politischer Gestaltung, muss aber ihren freien Grundcharakter behalten.

Gleichzeitig sind Sicherheitsrisiken in einer von zunehmenden geopolitischen Spannungen geprägten Welt längst keine theoretischen Gefahren mehr. Wissenschaft wird immer stärker in politische und wirtschaftliche Konflikte sowie globale Machtkämpfe hineingezogen.

Sensible Forschung trägt immer auch das Risiko für militärische oder sonstige strategische Zwecke zu Ungunsten der Bundesrepublik, der EU und ihrer Bündnispartner genutzt zu werden. Wir müssen deshalb Sicherheits- und Resilienzstrategien entwickeln, die klug und angemessen sind – Strategien, die die Integrität der Wissenschaft schützen, ohne ihr Fundament zu untergraben.

1. Die Wissenschaftsministerkonferenz begrüßt das im Mai 2025 veröffentlichte Positionspapier des Wissenschaftsrats (WR) „Wissenschaft und Sicherheit in Zeiten weltpolitischer Umbrüche“ (Drs. 2485-25) und sieht darin eine zentrale Grundlage für die strategische Weiterentwicklung des Umgangs mit Forschungssicherheit in Deutschland. Sie begrüßt darüber hinaus die bisherige intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Forschungssicherheit im Rahmen des vom BMFTR initiierten Stakeholder-Prozesses und befürwortet die engere Einbindung der Länder in diesen Prozess.
2. Die Wissenschaftsministerkonferenz stellt fest, dass die WR-Empfehlungen eine ausgewogene und fachlich fundierte Basis zur Stärkung der Forschungssicherheit in Deutschland bieten. Viele der vom BMFTR angestoßenen Impulse wurden darin aufgegriffen und wissenschaftspolitisch weiterentwickelt. Auch wenn der begleitende Stakeholderprozess die Debatte auf nationaler wie internationaler Ebene bereichert, sieht die Wissenschaftsministerkonferenz noch Abstimmungsbedarf.



**WISSENSCHAFTSMINISTER  
KONFERENZ**

3. Die Wissenschaftsministerkonferenz spricht sich dafür aus, die Debatte auf die erforderlichen Umsetzungsschritte auszurichten und insbesondere die Begrifflichkeiten, die Rolle einer Nationalen Plattform oder des vorgeschlagenen strategischen Dialogforums an die WR-Empfehlung anzupassen. Ein gemeinsam erarbeitetes Verständnis und Maßnahmenkatalog zwischen BMFTR, Wissenschaftsministerkonferenz und Allianz der Wissenschaftsorganisationen setzt ein wichtiges Signal für die Fortsetzung des gemeinsamen Prozesses, wenn die Anschlussfähigkeit an die zentralen Aussagen des WR-Papiers gewährleistet ist.
  - a) Die WR-Empfehlung sollte als orientierender Referenzrahmen für die Entwicklung einer national abgestimmten Strategie zur Forschungssicherheit dienen.
  - b) Die Einrichtung einer Nationalen Plattform zur Forschungssicherheit, wie sie der WR vorschlägt, wird unterstützt. Ihre konkrete Ausgestaltung soll unter Mitwirkung der Länder, der Wissenschaftsorganisationen (insbesondere der Allianz) sowie relevanter Bundesressorts erfolgen.
  - c) Wie in der WR-Empfehlung ist zwischen Forschungssicherheit und Sicherheitsforschung zu differenzieren, ohne dabei die Synergien und Potenziale außer Acht zu lassen.
4. Für die Umsetzung erster Maßnahmen ist neben der Klärung von strukturellen Aspekten wie der Verortung und Steuerung insbesondere eine tragfähige und verlässlich zugesagte Finanzierung durch den Bund unerlässlich. Die Wissenschaftsministerkonferenz fordert daher eine zügige politische Verständigung zwischen Bund und Ländern über die Finanzierungsperspektive. Diese muss vor Beginn des Umsetzungsprozesses geklärt sein.
5. Die Wissenschaftsministerkonferenz bekräftigt ihre Bereitschaft, den weiteren Prozess gemeinsam mit dem Bund, den Wissenschaftsorganisationen und sicherheitsrelevanten Akteuren aktiv zu gestalten. Dafür wird vorgeschlagen, eine Task-Force bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Ländern, Bund, der Allianz der Wissenschaftsorganisationen sowie der Sicherheitsbehörden einzusetzen, die bis Ende des Jahres einen Vorschlag erarbeitet.